

GEMEINDE NIEDERGÖRSDORF

AUFHEBUNG DES
BEBAUUNGSPLANS NR. 012
„WINDPARK MALTERHAUSEN“
DER GEMEINDE NIEDERGÖRSDORF

Begründung

BRUCKBAUER & HENNEN

SCHILLERSTRASSE 45
14913 JÜTERBOG

Entwurf
Stand: April 2025

Inhaltsverzeichnis

1	Veranlassung und Erforderlichkeit der Planung	3
2	Wahl des Verfahrens	4
3	Beschreibung des Plangebiets	5
3.1	Geltungsbereich und Eigentumsverhältnisse	6
3.2	Städtebauliche Situation und Bestand im Geltungsbereich	7
4	Übergeordnete Planungen / gesetzliche Vorgaben	8
4.1	Ziele und Grundsätze der Raumordnung	8
4.1.1	Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2023 / „Wind-an-Land-Gesetz“ (2023)/ Windenergieflächenbedarfsgesetz (2023)	8
4.1.2	Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR)	9
4.1.3	Windenergieanlagenabgabengesetz	9
4.1.4	Regionalplan Havelland-Fläming/ Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027	10
4.2	Landschaftsrahmenplan Teltow Fläming	11
4.3	Flächennutzungsplan (FNP)/ Landschaftsplan (LP)	11
5	Ziel, Zweck und wesentliche Auswirkungen der Planaufhebung	13
5.1	Ziel und Zweck	13
5.2	Auswirkungen der Planaufhebung	14
5.3	Hinweise und nachrichtliche Übernahmen	15
6	Belange der Umwelt	16
6.1	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen (Bezug zum VRW 28)	16
6.1.1	Schutzgut Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt	16
6.1.2	Schutzgut Mensch	17
6.1.3	Schutzgut Fläche und Boden	17
6.1.4	Schutzgut Wasser	18
6.1.5	Schutzgut Klima/Luft	18
6.1.6	Schutzgut Landschaft und Landschaftsbild	18
6.1.7	Schutzgut Kultur und sonstige Sachgüter	18
6.1.8	Wechselwirkungen zwischen Schutzgütern	18
6.2	Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung der Umweltauswirkungen	19
7	Verfahren	21
8	Rechtsgrundlagen und Literatur	21

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lage des Plangebietes (rote Linie) im Flächennutzungsplan der Gemeinde Niedergörsdorf	6
Abbildung 2: Geltungsbereich der Aufhebung des Bebauungsplans auf ALKIS Grundlage	7
Abbildung 3: Abgrenzung und Lage des Plangebiets (@ GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2-0)	7
Abbildung 4: Darstellung der Geltungsbereiche der Planungen zu „Windenergie“	11
Abbildung 5: Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 012 „Windpark Malterhausen“ (mit WEA-Standorten) im FNP	12
Abbildung 6: rechtskräftiger B-Plan "Windpark Malterhausen" aus 2016	13

1 Veranlassung und Erforderlichkeit der Planung

Die Gemeindevertretung Niedergörsdorf hat am 07.09.2016 den Bebauungsplan „Windpark Malterhausen“ als Satzung beschlossen. Ziel des Bebauungsplans war die Festsetzung von Bauflächen für die Errichtung von Windenergieanlagen. Die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb der im Bebauungsplan befindlichen sieben Sondergebiete ist realisiert worden (Inbetriebnahme 2016/2017). Der Bebauungsplan fügt sich in den angrenzenden Windpark Feldheim, Windpark Danna sowie den ersten Windpark Malterhausen ein. Es erfolgte somit eine weitere Konzentrierung der Windkraftnutzung in diesem Raum.

Die Betreiber der an den Bebauungsplan „Windpark Malterhausen“ angrenzenden Windenergieanlagen planen nun das Repowering ihrer Anlagen. Demnach sollen 31 Windenergieanlagen abgebaut und durch 11 leistungsstärkere Windenergieanlagen ersetzt werden.

Die Gebietskulisse der Bestandsanlagen der Betreiber befindet sich aktuell zwischen dem „Windpark Malterhausen“ und dem Ortsteil Lindow der Gemeinde Niedergörsdorf. Durch die Überplanung des Gebietes kommt es seitens der Betreiber zu einer Verschiebung der Standorte in Richtung des Bebauungsplanes „Windpark Malterhausen“. So dass sechs der geplanten Anlagen innerhalb des rechtskräftigen Bebauungsplanes „Windpark Malterhausen“ vorgesehen sind. Der Bebauungsplan enthält sieben Sondergebiete Windenergie sowie Höhenbegrenzungen auf max. 208 m über das Geländeniveau, die nicht mit dem Repoweringprojekt einhergehen. Die fünf weiteren Repowering-Standorte sind außerhalb des Bebauungsplanes und umsetzbar.

Das Plangebiet befindet sich zudem innerhalb des Vorranggebiets „VRW 28 Feldheim/Malterhausen“ des beschlossenen „Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming“. Die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist mit der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 42 vom 23.10.2024 in Kraft getreten.

Die Gemeinde Niedergörsdorf verfügt seit dem 28.11.2013 über eine rechtskräftige 2. Änderung des Flächennutzungsplanes. Innerhalb des Flächennutzungsplanes wird eine Konzentrationsfläche für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen. Dies betrifft eine Teilfläche des betroffenen Repowering-Projektes. Allerdings entfällt die Ausschlusswirkung des § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB gemäß § 245e Absatz 1 Satz 1 bis 3 BauGB mit in Kraft treten des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027.

Zur Umsetzung des gesamten Repowering-Projektes bedarf es der Aufhebung des Bebauungsplans „Windpark Malterhausen“. Die Errichtung der Anlagen erfolgt gemäß dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG). Zusätzlich wird die Gemeinde Niedergörsdorf einen städtebaulichen Vertrag (u.a. zur Übernahme von Kosten, Rückbaumodalitäten) mit den Investoren schließen. Das Verfahren zur Aufhebung wird gemäß § 1 Abs. 8 BauGB erfolgen (Verfahrensanforderungen wie für die Neuaufstellung). Ein vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB ist möglich, da die Aufhebung des Plans den Zulässigkeitsmaßstab für die planungsrechtliche Beurteilung von Vorhaben nicht wesentlich verändern wird.

Die Gemeindevertretung hat am 26.03.2025 den Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung des Bebauungsplans „Windpark Malterhausen“ gefasst. Laut dem Beschluss wird der Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufgehoben. Die Gemeindeverwaltung wurde beauftragt die

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

2 Wahl des Verfahrens

Gemäß Baugesetzbuch sind Gemeinden verpflichtet, Bauleitpläne aufzustellen, um eine geordnete städtebauliche Entwicklung und zum Wohl der Allgemeinheit eine sozialgerechte Bodennutzung zu gewährleisten. Die Bebauungspläne treffen als Ortssatzungen die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die baulichen und sonstigen Nutzungen der Grundstücke und bilden die Grundlage für die weitere, zur Umsetzung des BauGB erforderlichen, Maßnahmen.

Sollen Bebauungspläne aufgehoben werden, so kann dies nicht durch einen einfachen Beschluss erfolgen, sondern es muss als Planverfahren durchgeführt und als Satzung beschlossen werden.

Die Vorschriften des BauGB zur Aufstellung von Bebauungsplänen gelten nach § 1 Abs. 8 BauGB auch für deren Änderung, Ergänzung und Aufhebung. Unter bestimmten Voraussetzungen kann bei der Aufhebung eines Bebauungsplans auch das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB zur Anwendung kommen. Dies kommt insbesondere für solche Fälle in Frage, bei denen durch die Aufhebung des Plans der Zulässigkeitsmaßstab für die planungsrechtliche Beurteilung von Vorhaben nicht wesentlich verändert wird.

Das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB wird angewendet, da die vorliegende Planung

1. die Grundzüge der Planung nicht berührt,
1. keiner Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegt, vorbereitet oder begründet,
2. keine Anhaltspunkte dafür bietet, eine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele oder der Schutzzwecke von Natura-2000-Gebieten im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes auszulösen sowie
3. keine Anhaltspunkte dafür bietet, dass bei der Aufhebung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zu beachten sind.

Zu 1. Der Bebauungsplans Nr. 012 „Windpark Malterhausen“ der Gemeinde Niedergörsdorf diene ausschließlich zur Verwirklichung von Windenergieprojekten. Mit der Aufhebung des Bebauungsplans wird sich der Zulässigkeitsmaßstab für die planungsrechtliche Beurteilung von Windenergievorhaben nicht wesentlich ändern, da Windenergievorhaben gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB als sog. privilegierten Vorhaben im Außenbereich weiterhin zulässig sind. Demnach werden die Grundzüge der Planung nicht berührt.

Zu 2. Die vorliegende Aufhebung von Bebauungsplänen im Außenbereich ermöglicht selbst keine Bebaubarkeit, sondern führt die Bebaubarkeit auf die Zulässigkeiten nach § 35 BauGB zurück. Daher ermöglicht sie keine Nutzungen, also auch keine, die Pflichten zu Umweltverträglichkeitsprüfungen auslösen, weder nach Bundes- noch nach Landesrecht.

Zu 3. Das nächstgelegene Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH) Obere Nieplitz befindet sich in etwa 2 km nördlich des Plangebietes. Aufgrund der Entfernungen zu Natura-2000-Gebieten und wegen des Planungsinhalts (Aufhebung vom Bebauungsplan zur Windenergienutzung innerhalb eines

umschließenden regionalplanerischen Vorranggebiets Windenergienutzung) ist eine Schädigung der Schutzziele der Natura-2000-Gebiete nicht zu erwarten.

Zu 4. Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sind gem. § 50 BImSchG die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikels 3 Nr. 13 der Richtlinie 2012/18/EU, der sogenannten Seveso-III-Richtlinie, in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf u.a. die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete so weit wie möglich vermieden werden. Durch die vorliegende Planung werden weder Betriebsbereiche mit einem Potenzial für die benannten Auswirkungen geplant noch werden die Distanzen zu solchen ggf. vorhandenen Betrieben in der Umgebung verringert.

Die gemäß § 13 Abs 1 Nr. 1 bis 3 BauGB benannten notwendigen Fakten liegen demnach vor. Im vereinfachten Verfahren kann neben dem Verzicht auf die Umweltprüfung

1. von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 abgesehen werden,
2. der betroffenen Öffentlichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben oder wahlweise die Veröffentlichung im Internet nach § 3 Absatz 2 durchgeführt werden,
3. den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben oder wahlweise die Beteiligung nach § 4 Absatz 2 durchgeführt werden.

Die Gemeinde Niedergörsdorf macht davon Gebrauch. Es wird auf die Umweltprüfung verzichtet und von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 abgesehen. Die Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB erfolgt in einer angemessenen Frist.

3 Beschreibung des Plangebiets

Das insgesamt eine Fläche von ca. 342 ha umfassende Plangebiet befindet sich ungefähr 1,7 km westlich von Lindow, 1 km nordwestlich von Eckmannsdorf und 1,8 km nördlich von Danna. Die drei Ortsteile der Gemeinde Niedergörsdorf sind hauptsächlich von der Landwirtschaft geprägt und dementsprechend im Flächennutzungsplan als Dorfgebiete ausgewiesen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst im Westen jedoch auch großflächig waldgeprägte Bereiche. Die Offenlandflächen des Plangebietes (südöstlicher Bereich) werden vorwiegend ackerbaulich genutzt, das übrige Plangebiet steht vorwiegend unter forstwirtschaftlicher Nutzung.

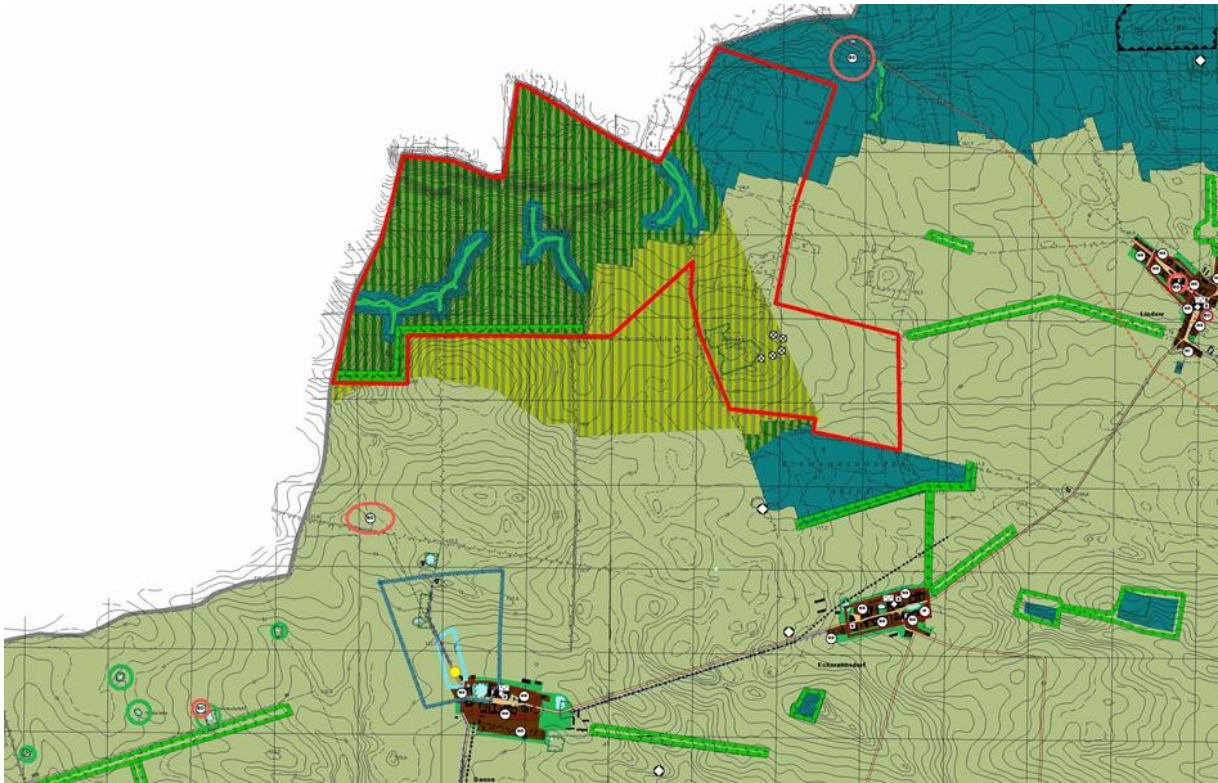


Abbildung 1: Lage des Plangebietes (rote Linie) im Flächennutzungsplan der Gemeinde Niedergörsdorf

3.1 Geltungsbereich und Eigentumsverhältnisse

Das Plangebiet umfasst den rechtskräftigen Bebauungsplan „Windpark Malterhausen“ und wird wie folgt begrenzt:

- im Westen ab der südwestlichen Ecke des Flurstückes 1/4 der Flur 2, Gemarkung Danna, entlang der Gemarkungsgrenze zu Feldheim bis zur Gemarkungsgrenze von Treuenbrietzen;
- im Norden entlang der Gemarkungsgrenze zu Treuenbrietzen über das Wegeflurstück 81 der Flur 6, Gemarkung Malterhausen, zur nordwestlichen Ecke des Flurstückes 80, Flur 6, Gemarkung Malterhausen, über das Wegeflurstück 78 zur nordwestlichen Ecke des Wegeflurstückes 20, Flur 6, Gemarkung Malterhausen;
- im Osten entlang der östlichen Grenze des Wegeflurstückes 78 der Flur 6, Gemarkung Malterhausen, bis zum Wegeflurstück 49 der Flur 6, Gemarkung Malterhausen, entlang der nördlichen Grenze des Wegeflurstückes 49 bis zur nordöstlichen Ecke des Flurstückes 98 der Flur 6, Gemarkung Malterhausen, an der östlichen Grenze des Flurstückes 98 über das Wegeflurstück 53 und an der östlichen Grenze des Flurstückes 99 bis zur Gemarkungsgrenze Danna, Flur 6;
- im Süden in Richtung Westen entlang der südlichen Gemarkungsgrenzen Malterhausen, Flur 6, bis zur südwestlichen Ecke des Wegeflurstückes 66 der Flur 6, Gemarkung Malterhausen, in südwestlicher Richtung über das Wegeflurstück 61, Flur 6, sowie die Flurstücke 42, 40/1, 56/39, 125, 123 und 34/1 der Flur 1, Gemarkung Danna, zur südlichen Flurgrenze der Flur 1, Gemarkung Danna, in Verlängerung der westlichen Flurstücksgrenze 66/30 und dann in westliche Richtung entlang der südlichen Grenze der Flur 1, Gemarkung Danna, bis zur nordöstlichen Ecke des Flurstückes 28/5 der Flur 2, Gemarkung Danna, entlang der östlichen und südlichen Flurstücksgrenze des Flurstückes 28/5 zur südwestlichen Ecke des Flurstückes 1/4 der Flur 2, Gemarkung Danna.

3.2 Städtebauliche Situation und Bestand im Geltungsbereich

An aerial photograph of a landscape featuring a mix of dark, forested areas and lighter, agricultural fields. A prominent blue line is drawn across the image, forming a complex, irregular polygonal shape that encloses a central portion of the terrain. The boundary follows the edges of various land parcels and features.

BRUCKBAUER & HENNEN

4 Übergeordnete Planungen / gesetzliche Vorgaben

4.1 Ziele und Grundsätze der Raumordnung

4.1.1 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2023 / „Wind-an-Land-Gesetz“ (2023)/ Windenergieflächenbedarfsgesetz (2023)

Das EEG 2023 ist die größte energiepolitische Gesetzesnovelle seit Jahrzehnten. Es legt die Grundlagen dafür, dass Deutschland klimaneutral wird. Mit einem konsequenten, deutlich schnelleren Ausbau soll der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf mindestens 80 Prozent steigen. Erneuerbare Energien sind ab sofort auch energierechtlich von überragendem öffentlichem Interesse, denn die Klimakrise wird immer deutlicher. Die Energiekosten für Strom, Gas und Öl schießen in die Höhe. Das „Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ wurde am 7. Juli 2022 im Bundestag beschlossen und trat in Teilen am 30. Juli 2022 in Kraft. Das novellierte EEG trat am 1. Januar 2023 in Kraft.

Nach dem aktuellen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollen bis Ende 2030 in Deutschland 115 Gigawatt (GW) Windenergie an Land installiert sein. Dafür wird ein jährlicher Zubau von etwa 9 GW brutto bzw. 7 GW netto erforderlich sein. Man geht hier von etwa 58 GW aktuell installierter Leistung Ende 2022 aus. Weiterhin ist zu erwarten, dass alte Anlagen mit einer Leistung von etwa 17 GW bis Ende 2030 zurückgebaut werden. Darüber hinaus setzt das EEG mit 157 GW bis Ende 2035 und 160 GW bis Ende 2040 weitere ambitionierte Ausbauziele.

Eine zentrale Herausforderung ist, ausreichend nutzbare Flächen bereitzustellen. Die rechtliche Grundlage zur Umsetzung ist mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) erfolgt, welches zum 01.02.2023 in Kraft getreten ist und das Ziel, für die Windenergie an Land 2 % der Landesfläche zur Verfügung zu stellen, festlegt. Das WindBG gibt den Bundesländern nun erstmals verbindliche Ziele vor, in welchem Umfang Flächen bis Ende 2027 (Zwischenziel, durchschnittlich 1,4 %) und Ende 2032 (2 %) auszuweisen sind. Die Länder hatten den Auftrag, bis Juni 2024 festzusetzen, wie die jeweiligen Landesziele umgesetzt werden sollen.

Das im Wind-an-Land-Gesetz enthaltene Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) legt für jedes Bundesland individuelle Flächenziele, sog. Flächenbeitragswerte, fest. Diese sind in Anlage 1 WindBG zu finden. Die Zielverteilung berücksichtigt dabei die unterschiedlichen Voraussetzungen vor Ort in den Bundesländern für den Ausbau der Windenergie an Land, stellt jedoch auch sicher, dass jedes Land einen angemessenen Beitrag leistet. In Brandenburg sind 1,8 % bis zum 31. Dezember 2027 und 2,2 % bis zum 31. Dezember 2032 als Flächenbeitragswert zu erreichen. Um die Ziele umzusetzen, können die Länder entweder selbst Flächen ausweisen oder die Ziele verbindlich auf die nachfolgenden Planungsebenen (regionalen/kommunalen Planungsträger) herunterbrechen.

Neben den quantitativen Vorgaben hat der Gesetzgeber vor allem auch in die bisherige Planungssystematik eingegriffen. Ziel ist, die Flächenausweisungsprozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Werden die festgelegten Flächenbeitragswerte erreicht, tritt eine Entprivilegierung der nicht ausgewiesenen Bereiche ein. Entprivilegierung bedeutet, dass es eines Bebauungsplanes bedarf, um Baurecht zu schaffen. Privilegierte Bauvorhaben benötigen im Gegensatz dazu im Außenbereich keinen Bebauungsplan. Werden im Gegensatz dazu die Ziele verfehlt, können im gesamten Planungsraum Windenergieanlagen beantragt werden. Damit wird eine Konzentrationszonenplanung mit Ausschlusswirkung, wie sie bisher oftmals vorgenommen wurde, hinfällig.

Nach § 2 EEG 2023 liegen die Errichtung und der Betrieb von Erneuerbare-Energien-Anlagen im über-
ragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung in
Deutschland nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang
in die Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.

Nach § 6 EEG gilt: Anlagenbetreiber sollen Gemeinden, die von der Errichtung ihrer Anlage betroffen
sind, finanziell beteiligen. Auch für bestehende Anlagen ermöglicht das EEG 2023 eine finanzielle Teil-
habe der Kommunen auf freiwilliger Basis. Es können Beträge von insgesamt 0,2 Cent pro Kilowatt-
stunde gezahlt werden, vorausgesetzt, die Anlage hat eine installierte Leistung von mehr als 1.000
Kilowatt. Das EEG regelt auch, dass die Gemeinden als betroffen gelten, deren Gemeindegebiet sich
zumindest teilweise innerhalb eines um die Windenergieanlage gelegenen Umkreises von 2.500 Me-
tern um die Turmmitte der Anlage befindet.

Mit der Aufhebung des Bebauungsplanes kommt die Gemeinde Niedergörsdorf den energiepolitischen
Zielen der Bundesrepublik Deutschland nach.

4.1.2 Landesentwicklungsplan *Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR)*

Der LEP HR ist am 01.07.2019 in Kraft getreten. Er trifft Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und
Sicherung der Hauptstadtregion, insbesondere zu den Raumnutzungen und -funktionen und wird als
Rechtsverordnung der Landesregierungen mit Wirkung für das jeweilige Landesgebiet erlassen.

Die Gemeinde Niedergörsdorf befindet sich im Weiteren Metropolenraum.

Laut Grundsatz G 8.1 Klimaschutz, Erneuerbare Energien sollen zur Vermeidung und Verminderung des
Ausstoßes klimawirksamer Treibhausgase

- eine energiesparende, die Verkehrsbelastung verringernde und zusätzlichen Verkehr ver-
meidende Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung angestrebt werden,
- eine räumliche Vorsorge für eine klimaneutrale Energieversorgung, insbesondere durch
erneuerbare Energien, getroffen werden.

Gemäß Ziel 8.2 zur Windenergienutzung erfolgt die Festlegung durch die Regionalplanung. Gebiete für
die Windenergienutzung sind im Land Brandenburg in den Regionalplänen festzulegen.

Die für die Festlegung des Freiraumverbundes erforderliche Abwägung der Gebietskulisse mit anderen
Erfordernissen der Raumordnung und raumbedeutsamen Planungen wurde im Sinne des Gegenstrom-
prinzips vorgenommen. Dabei wurden Festlegungen zur Windenergienutzung aus rechtswirksamen
und genehmigten sowie im Verfahren fortgeschrittenen Regionalplänen oder bereits bekannt ge-
machte, genehmigte oder als Satzung beschlossene verbindliche Bauleitpläne mit Windenergienut-
zung nicht Teil der Gebietskulisse des Freiraumverbundes.

Der LEP HR trifft für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes keine Festlegungen.

4.1.3 Windenergieanlagenabgabengesetz

Das Gesetz zur Zahlung einer Sonderabgabe an Gemeinden im Umfeld von Windenergieanlagen (Wind-
energieanlagenabgabengesetz - BbgWindAbgG) wurde am 11. Juni 2019 vom Brandenburger Landtag
beschlossen. Mit dem Gesetz wird im Land Brandenburg eine Sonderabgabe für Windenergieanlagen
(WEA) in Höhe von 10.000 EUR pro WEA im Jahr eingeführt. Die Verpflichtung gilt für Anlagenbetrei-
ber, deren WEA ab dem 1. Januar 2020 bezuschlagt und in Betrieb gegangen sind. Ziele des Gesetzes
sind, die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu erhöhen und die regionale Wertschöpfung zu steigern.

Anspruchsberechtigt sind Gemeinden, deren Gebiet sich ganz oder teilweise im 3 km-Radius um den jeweiligen Anlagenstandort befindet. Die Abgabe wird anteilig entsprechend der jeweiligen Fläche gezahlt. Die Mittel sind vom kommunalen Finanzausgleich ausgenommen und sollen für Maßnahmen der Akzeptanzsteigerung der Windenergie vor Ort verwendet werden. Als konkrete Beispiele werden hier genannt: die Aufwertung des Ortsbildes, Bereitstellung von Informationen zu erneuerbaren Energien, Förderung sozialer Angebote und kultureller Einrichtungen, kommunaler Veranstaltungen sowie Bauleitplanungen im Bereich der erneuerbaren Energien.

Das Windenergieanlagenabgabengesetz sieht kein Rangverhältnis bei Zahlungen nach § 6 EEG vor. Beide Zahlungen können nebeneinander Anwendung finden.

4.1.4 Regionalplan Havelland-Fläming/ Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 ist unwirksam.

Der 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichts hat mit Beschluss vom 21.03.2019, der Regionalen Planungsgemeinschaft zugegangen am 02.05.2019, die Nichtzulassungsbeschwerde im Normenkontrollverfahren gegen den Regionalplan Havelland-Fläming 2020 in einem Fall zurückgewiesen. Das Urteil im Normenkontrollverfahren vom 05.07.2018 ist damit rechtskräftig geworden.

Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat in ihrer Sitzung am 18.11.2021 den Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05.10.2021 bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung sowie den zugehörigen Umweltbericht gebilligt und die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens und die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Gesetz zur RegBkPIG beschlossen.

Aktueller Verfahrensstand zur Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming: In der Sitzung der Regionalversammlung am 18.11.2021 wurde der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gebilligt und die Durchführung des Beteiligungsverfahrens beschlossen. Das öffentliche Beteiligungsverfahren endete am 09.06.2022. Die Regionalversammlung Havelland-Fläming hat außerdem am 17.11.2022 den Beschluss gefasst, einen sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung“ aufzustellen. Die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung wird vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abgetrennt und im sachlichen Teilregionalplan vorgenommen. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 ist mit Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt Nr. 42 vom 23. Oktober 2024 in Kraft getreten. Das Aufstellungsverfahren zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 wird mit den übrigen Festlegungen fortgeführt.

Gemäß Sachlichem Teilregionalplan Windenergienutzung wurde im Bereich des Bebauungsplans Nr. 012 „Windpark Malterhausen“ der Gemeinde Niedergörsdorf das Vorranggebiete für die Windenergienutzung Feldheim/Malterhausen (VRW 28) mit einer Gesamtgröße von 1.687 ha festgelegt.

Bauleitpläne, die eine Höhenbeschränkung für Windenergieanlagen enthalten, widersprechen dem Ziel des Sachlichen Teilregionalplans (§ 1 Abs. 4 BauGB).

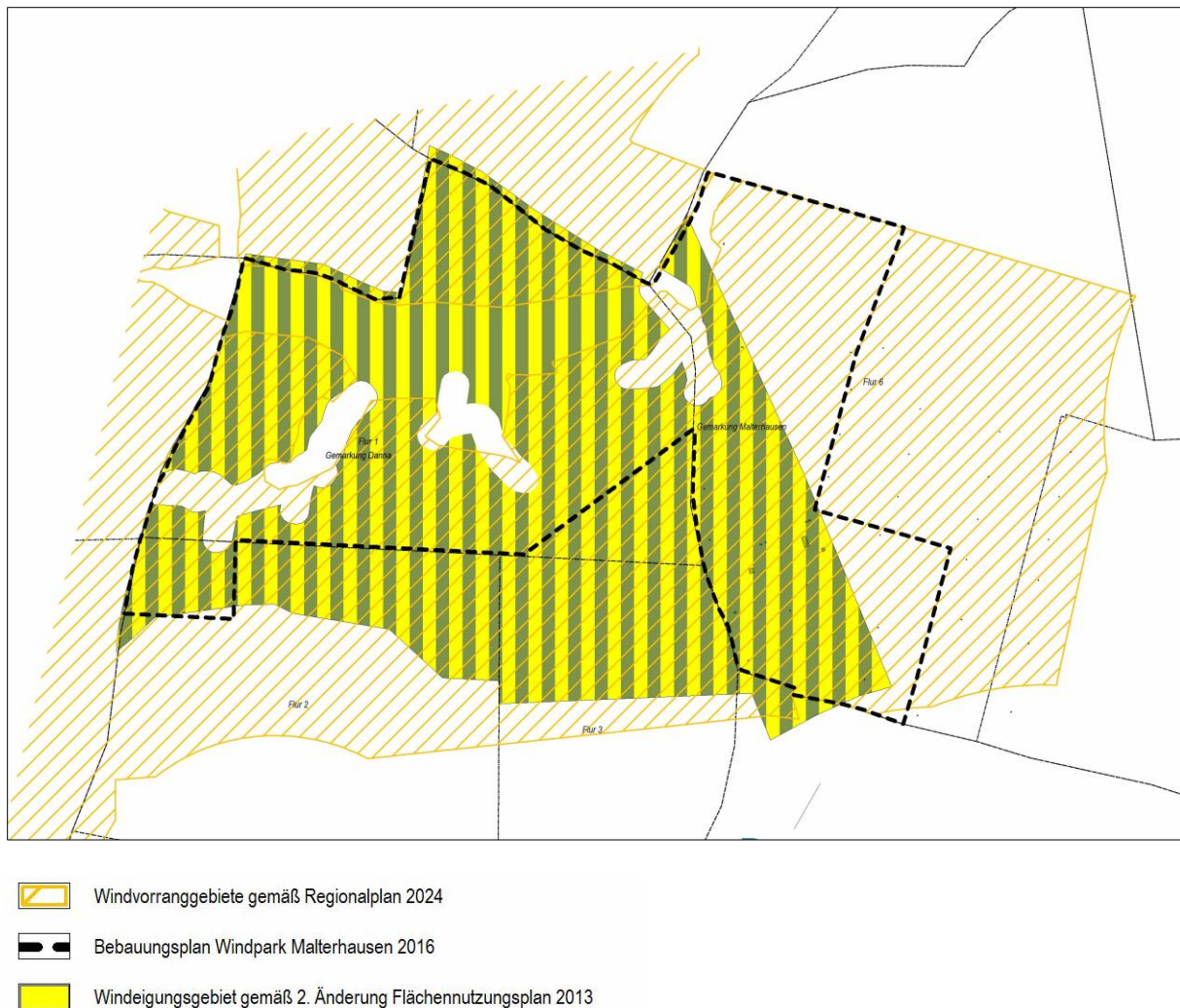


Abbildung 4: Darstellung der Geltungsbereiche der Planungen zu „Windenergie“

4.2 Landschaftsrahmenplan Teltow Fläming

Der Landschaftsrahmenplan Teltow-Fläming ist seit 1997 rechtskräftig. Die 1. Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises Teltow-Fläming gemäß § 6 Abs. 2 BbgNatSchG ist genehmigt.

Im Landschaftsrahmenplan des Landkreis Teltow – Fläming werden für das Plangebiet Beeinträchtigungen durch vorhandene Windenergieanlagen dargestellt. Insgesamt sollen das Landschaftsbild, die Kiefernwälder und die Ertragsfähigkeit der Böden aufgewertet werden.

4.3 Flächennutzungsplan (FNP)/ Landschaftsplan (LP)

Am 03.07.2013 hat die Gemeindevertretung Niedergörsdorf die zweite Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen und ist durch die Bekanntmachung im Amtsblatt der Gemeinde Niedergörsdorf am 27.11.2013 wirksam geworden. Im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans sind innerhalb eines Fachgutachtens Eignungsflächen für die Gewinnung von Windenergie ermittelt worden. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Niedergörsdorf stellt das Plangebiet teilweise als Windeignungsgebiet dar.

Eine parallele Anpassung des FNP ist demnach im Zuge der Aufhebung des Bebauungsplans „Windpark Malterhausen“ nicht gebeten, da dieser partiell ein Windeignungsgebiet darstellt und sich außerhalb der im wirksamen FNP dargestellten Konzentrationsfläche keine Windenergieanlagen befinden.

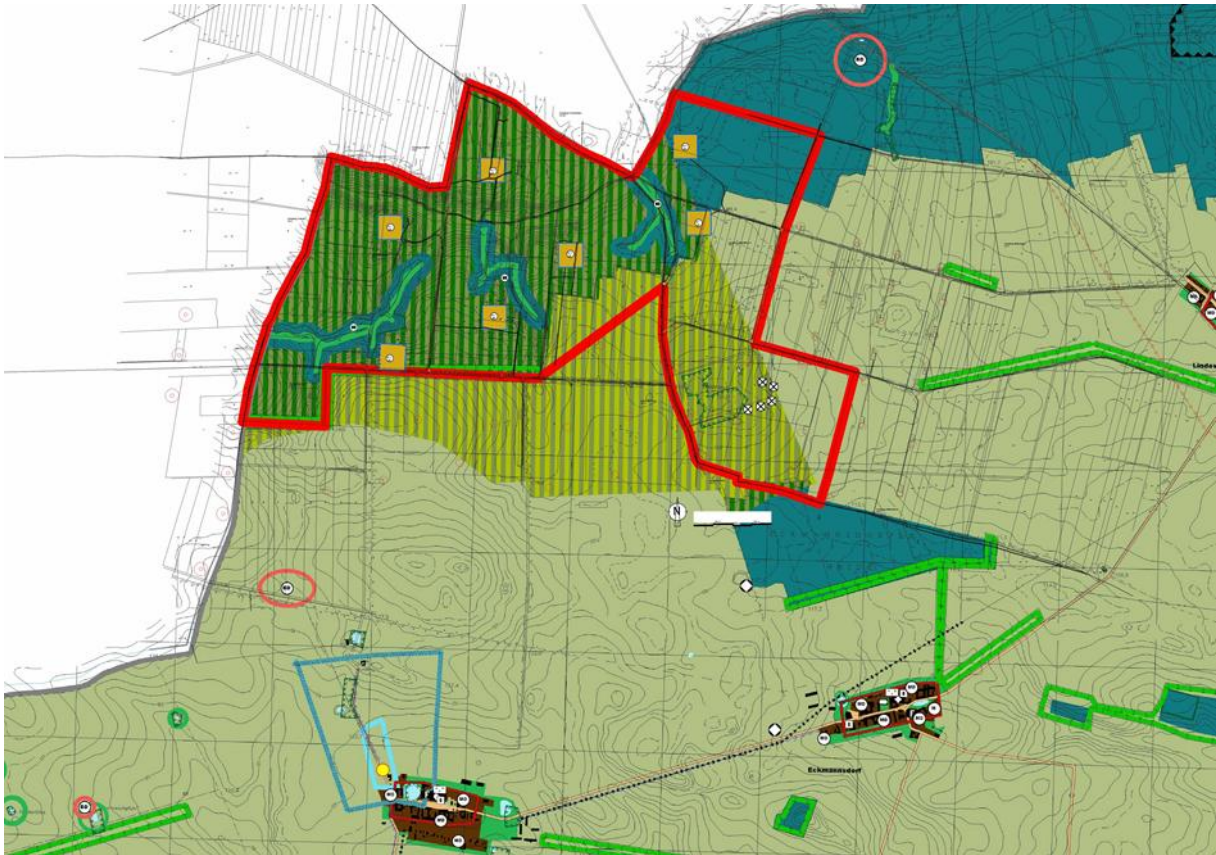


Abbildung 5: Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 012 „Windpark Malterhausen“ (mit WEA-Standorten) im FNP

Der Landschaftsplan ist im Januar 2013 fortgeschrieben und am 08.02.2013 genehmigt worden. Das Plangebiet wurde als Konzentrationsfläche Windkraft Teilbereich Danna innerhalb der Landschaftsplanung untersucht und als nicht ausgleichbar aber ersetzbar bewertet. Mögliche Vermeidungs-/Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen wurden genannt.

5 Ziel, Zweck und wesentliche Auswirkungen der Planaufhebung

5.1 Ziel und Zweck

Der bisher rechtskräftige verbindliche Bauleitplan „Windpark Malterhausen“ setzt als Art der baulichen Nutzung gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO insgesamt sieben sonstige Sondergebiete mit der Zweckbestimmung "Sondergebiet Windenergie" fest. Je Sondergebiet ist eine Grundfläche der baulichen Anlagen von GR = 2.100 m² zulässig. Die maximale Höhe der baulichen Anlagen beträgt 208 m über das Geländeniveau. Im Übrigen sind neben der priorisierten Windenergienutzung in sieben Baufenstern auch Landwirtschafts- und Waldflächen festgesetzt.

Die Festsetzungen des bestehenden Bebauungsplans stehen einem Repowering der Windenergieanlagen entgegen. Denn zukünftige Windenergienutzungen brauchen inzwischen aufgrund des technologischen Fortschritts und wegen geänderter ökonomischer Rahmenbedingungen größere zulässige Gesamthöhen und auch die Abstände der Windenergieanlagen untereinander müssen zukünftig entsprechend vergrößert werden.

Durch die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 012 „Windpark Malterhausen“ entfallen sämtliche Festsetzungen auf Ebene des verbindlichen Bauleitplans. Ein Großteil der Festsetzungen bezieht sich auf Art und Maß der baulichen Nutzung. Die Anlagen des Typs V126 mit einer Nabenhöhe von 137 m und einem Rotordurchmesser von 126 m sind bereits seit Ende 2016 in Betrieb und haben Bestandschutz – durch die Planaufhebung ergibt sich kein direkter Rückbau oder Neubau. Hierzu bedarf es separater Regelungen bzw. werden diese durch entsprechende Gesetze geregelt.

Mit der Aufhebung des Bebauungsplans kommt die Gemeinde Niedergörsdorf dem verpflichtenden Ziel nach, sich in der Bauleitplanung an übergeordnete Ziele anzupassen.

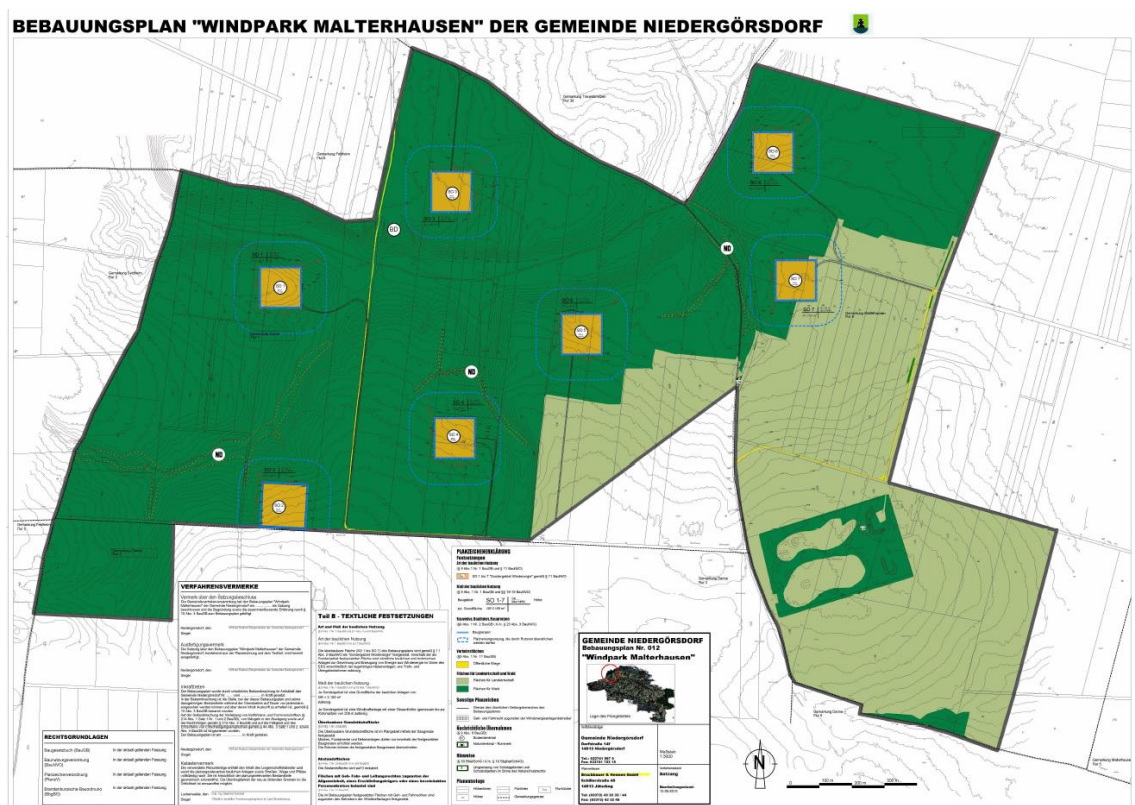


Abbildung 6: rechtskräftiger B-Plan "Windpark Malterhausen" aus 2016

5.2 Auswirkungen der Planaufhebung

Mit der Aufhebung des Bebauungsplans wird das Ziel verfolgt, dass zukünftige Bauvorhaben gemäß § 35 BauGB bewertet werden. Gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 i.V.m. § 249 BauGB und ein Repowering mit größeren Windenergieanlagen zu ermöglichen, deren Standorte technisch bedingt von den bislang festgesetzten Baufenstern abweichen.

In diesem Zusammenhang werden nach der Regelung in § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB die der Erforschung, Entwicklung und Nutzung der Windenergie dienende Vorhaben zu den sog. privilegierten Vorhaben im Außenbereich. Das bedeutet, dass Windenergieanlagen bauplanungsrechtlich im Außenbereich zulässig sind, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die ausreichende Erschließung gesichert ist.

Die Umsetzung des Flächenbeitragswerts nach § 3 Abs. 1 WindBG erfolgt über die entsprechende Ausweisung der Flächen in den Regionalplänen. Bei diesen Planungen sind die Sonderregelungen in § 249 BauGB (sowie das Überleitungsrecht in § 245e BauGB) zu berücksichtigen. Infolge von §§ 249 Abs. 1 und 2, 35 Abs. 1 Nummer 5 BauGB greift die Privilegierung für Windenergievorhaben im Außenbereich – vorausgesetzt der einschlägige Flächenbeitragswert bzw. ein einschlägiges Teilflächenziel nach WindBG werden erreicht.

Die Steuerungswirkung des Bebauungsplans wird durch den sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung übernommen wird. Der Bau neuer raumbedeutsamer Windkraftanlagen als privilegierte Vorhaben im Außenbereich ist im vorliegenden Fall zulässig, da es sich um Flächen im Vorranggebiet für Windenergienutzung (VRW 28) im sachlichen Teilregionalplan handelt. Der Bau von Windenergieanlagen außerhalb der dort ausgewiesenen Vorranggebiete wird grundsätzlich entprivilegiert. Ihre Zulässigkeit richtet sich damit nach § 35 Abs. 2 BauGB.

Auswirkungen auf die Umwelt werden durch die Planung nicht begründet, da es sich hierbei um eine Aufhebung von Bebauungsplänen handelt, wodurch kein Baurecht entsteht. Die im Aufhebungsbereich vorhandenen Windenergieanlagen waren bisher nach § 30 BauGB zulässige Nutzungen im Geltungsbereich von Bebauungsplänen. Mit der vorliegenden Planung werden Windenergieanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB grundsätzlich zulässige Nutzungen sein.

Nachteilige Auswirkungen auf die Nutzungsrechte der Bestandsanlagen sind ebenfalls nicht zu befürchten. Bestandsschutz besteht für in Übereinstimmung mit dem materiellen Recht errichtete bauliche Anlagen, insbesondere gegenüber veränderten bauplanungsrechtlichen Anforderungen. Die bestehenden Windenergieanlagen unterliegen dem Bestandsschutz.

Im Ergebnis wird allerdings das geplante Repowering des Windparks ermöglicht. In diesem Zusammenhang wird derzeit der Rückbau von insgesamt 31 Alt-Anlagen und der Neubau von 11 leistungsstarken Windenergieanlagen geplant. Die maßgeblichen Belange werden im Rahmen der BImSch-Genehmigung geprüft (z.B. Belange des Immissionsschutzes, Umweltverträglichkeitsprüfung, Erschließung) oder können vertraglich geregelt werden (z. B. naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen, Rückbauverpflichtung).

5.3 Hinweise und nachrichtliche Übernahmen

Die im ursprünglichen Bebauungsplan nachrichtlich übernommenen gesetzlich geschützten Biotope, Boden- und Naturdenkmale sind von der Aufhebung des Bebauungsplanes unberührt. Entsprechende Gesetzesgrundlagen gelten fort und sind in nachgelagerten Genehmigungsverfahren zu beachten.

6 Belange der Umwelt

Im beschleunigten Verfahren kann von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, den Angaben welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung abgesehen werden. Die Anforderung zur Auseinandersetzung mit den Umweltbelangen gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB wird im Folgenden ausgeführt.

Hiernach sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere zu untersuchen.

6.1 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen (Bezug zum VRW 28)

Auswirkungen auf die Umwelt werden durch die Planung nicht begründet, da es sich hierbei um eine Aufhebung von Bebauungsplänen handelt, wodurch kein Baurecht entsteht. Die im Aufhebungsbe-
reich vorhandenen Windenergieanlagen waren bisher nach § 30 BauGB zulässige Nutzungen im Gel-
tungsbereich von Bebauungsplänen. Mit der vorliegenden Planung werden Windenergieanlagen nach
§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB grundsätzlich zulässige Nutzungen sein.

Die Flächen sind als **Vorranggebiet für die Windenergienutzung (VRW 28)** festgelegt. Eine Umwelt-
prüfung zum sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 (sTP Wind) durch die Firma bosch
& partner mit Stand 21.05.2024 erfolgte und wird nachfolgend (in den Schutzgütern) zitiert.

Die Bestandsbeschreibung (Realnutzung) umfasst folgende Nutzungen: Freileitung; Gewässer; Indust-
rie und Gewerbefläche; Landwirtschaft; Straße; Vegetation; Vegetationslose Fläche; Wald; Windener-
gieanlage. Es bestehen Vorbelastungen durch 102 bereits vorhandene WEA.

6.1.1 Schutzgut Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt

Biologische Vielfalt

Geschützte Landschaftsbestandteile und Flächennaturdenkmäler (Lüdendorfer/ Dannaer Rummel; Teil
von Dannaer Rummel) sind im Plangebiet vorhanden. Geschützte Landschaftsbestandteile kommen
nur kleinflächig im Plangebiet vor. Da die Bereiche auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungs-
ebenen als konkrete Standorte für Windenergieanlagen ausgespart werden können, sind erhebliche
Umweltauswirkungen voraussichtlich nicht zu erwarten.

Naturdenkmäler (Dannaer Rummel, Rummelkloten; Eckmannsdorfer Rummel; Eiche; Flachsrotthe;
Hohlform; Lange Stücke (tw.); Lüdendorfer/ Dannaer Rummel; Schafwäsche, Tränke) sind im Plange-
biet vorhanden. Innerhalb des geplanten VRW befinden sich einzelne Naturdenkmäler, erhebliche Be-
einträchtigungen lassen sich vollständig durch die geeignete Standortwahl von WEA in der nachgela-
gerten Genehmigungsplanung ausschließen.

Geschützte Biotope kommen nur kleinflächig im Plangebiet vor (u.a. Steinhäufen und -wälle; peren-
nierende oder temporäre Kleingewässer, trockene Sandheide). Da die Bereiche auf den nachgelager-
ten Planungs- und Zulassungsebenen als konkrete Standorte für Windenergieanlagen ausgespart wer-
den können, sind erhebliche Umweltauswirkungen voraussichtlich nicht zu erwarten.

Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden als gering gesehen.

Bei Nichtdurchführung der Planung wird sich der Umweltzustand nicht ändern.

Tiere

Das VRW überlagert den Nahbereich von kollisionsgefährdeten Brutvogelarten. Das VRW befindet sich geringfügig innerhalb des zentralen Prüfbereichs kollisionsgefährdeter Arten. Das VRW befindet sich im erweiterten Prüfbereich kollisionsgefährdeter Brutvogelarten gemäß § 45 b BNatSchG. Das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare ist nicht signifikant erhöht. Sollte die Aufenthaltswahrscheinlichkeit von Vögeln in dem vom Rotor überstrichenen Bereich der Windenergieanlage aufgrund artspezifischer Habitatnutzung oder funktionaler Beziehungen deutlich erhöht sein und daraus eine signifikante Risikoerhöhung resultieren, sind im nachgelagerten Genehmigungsverfahren fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen zur Risikovermeidung vorzunehmen.

Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden als hoch angesehen.

Bei Nichtdurchführung der Planung wird sich der Umweltzustand nicht ändern.

Pflanzen

Bereiche mit hochwertigen und geschützten Waldfunktionen und mit besonderen Strukturmerkmalen (Laub- und Laubmischwälder) kommen kleinflächig im Plangebiet vor. Da die Bereiche auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen als konkrete Standorte für Windenergieanlagen ausgespart werden können, sind erhebliche Umweltauswirkungen voraussichtlich nicht zu erwarten.

Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden als gering gesehen.

Bei Nichtdurchführung der Planung wird sich der Umweltzustand nicht ändern.

6.1.2 Schutzgut Mensch

Da die Abstandszone von 725 m zu bewohnten Gebieten mit Wohngebäuden außerhalb von Ortslagen nicht für die Festlegung von VRW in Betracht gezogen wird, sind erhebliche Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch in seinem Wohnumfeld nicht zu erwarten.

Aufgrund der Berücksichtigung einer Abstandszone von 1.100 m zu bewohnten Gebieten mit Wohngebäuden in Ortslagen als Bereich der im Zuge der Flächenfestlegung von VRW nicht in Betracht gezogen wird, sind erhebliche Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch in seinem Wohnumfeld nicht zu erwarten.

Voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden nicht gesehen.

Bei Nichtdurchführung der Planung wird sich der Umweltzustand nicht ändern.

6.1.3 Schutzgut Fläche und Boden

Das VRW befindet sich geringfügig auf Böden mit der Funktion als wertvolle Archive der Naturgeschichte gemäß LaPro. Im VRW befinden sich lokale Altablagerungen und/oder Altlastenstandorte (Altlast-Flächen, ausgewiesene Altlastverdachtsflächen). Im direkten Umfeld des VRW befinden sich ebenfalls lokale Altablagerungen und/oder Altlastenstandorte (Altlast-Flächen, ausgewiesene Altlastverdachtsflächen). Eine vorhaben- und standortbezogene Berücksichtigung ist auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene erforderlich.

Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden als gering gesehen.

Bei Nichtdurchführung der Planung wird sich der Umweltzustand nicht ändern.

6.1.4 Schutzgut Wasser

Das Plangebiet befindet sich vollständig außerhalb von WSG Zone I, II und III, außerhalb des Oberflächenwasserkörpers gemäß EU Wasserrahmenrichtlinie/ gemäß WRRL, g außerhalb von Flächen zum vorbeugenden Hochwasserschutz.

Voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden nicht gesehen.

Bei Nichtdurchführung der Planung wird sich der Umweltzustand nicht ändern.

6.1.5 Schutzgut Klima/Luft

Flächen, die für die für Durchlüftung eines Ortes von besonderer Bedeutung sind im Plangebiet vorhanden. VRW führen nur im Bereich der zukünftigen Standorte von WEA zu direkten Flächeninanspruchnahmen, die so gering sind, dass keine nachteiligen Auswirkungen zu erwarten sind.

Voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden nicht gesehen.

Bei Nichtdurchführung der Planung wird sich der Umweltzustand nicht ändern.

6.1.6 Schutzgut Landschaft und Landschaftsbild

Das VRW befindet sich teilweise innerhalb eines Bereichs mittel bis hoher / mittlerer bis geringer Bedeutung des Landschaftsbildes. Es führen bedeutsame Rad- und/oder Wanderwege durch das geplante VRW. Im Umfeld des VRW sind bedeutsame Rad- und/oder Wanderwege gelegen.

Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden als gering gesehen.

Bei Nichtdurchführung der Planung wird sich der Umweltzustand nicht ändern.

6.1.7 Schutzgut Kultur und sonstige Sachgüter

Innerhalb des VRW befinden sich Bodendenkmale bzw. Bodendenkmalbereiche (131365 - obertägig sichtbar). Eine Vermeidung oder Minimierung von Konflikten ist in der Regel durch eine geeignete Standortwahl der einzelnen WEA im VRW möglich.

Voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden nicht gesehen.

Bei Nichtdurchführung der Planung wird sich der Umweltzustand nicht ändern.

6.1.8 Wechselwirkungen zwischen Schutzgütern

Die Flächeninanspruchnahme von Boden durch Überbauung und sonstige Versiegelung führt zwangsläufig zum Verlust von Bodenfunktionen. Versiegelung und Verdichtung nehmen ferner Einfluss auf den Wasser- und Lufthaushalt im Boden (Grundwasserneubildungsrate, Boden-Luft-Austausch). Bodenverlust bedeutet außerdem Verlust von Vegetationsbestand und somit von Teillebensräumen der daran adaptierten Tier- und Pflanzenwelt, zudem geht durch die temporäre Beanspruchung derzeit Gehölz bestandener Flächen weiterer Vegetationsbestand und damit Lebensraum verloren.

Die Umweltfolgen möglicher Wechselwirkungen sind vor dem Hintergrund der derzeitigen Bestandsituation einerseits und der geplanten Gebietsentwicklung andererseits als gering einzustufen. Für das Plangebiet muss daher nicht von einer Verstärkung der festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen durch sich negativ summierende Wechselwirkungen ausgegangen werden.

6.2 Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung der Umweltauswirkungen

Die geplante Aufhebung des Bebauungsplans wird keine Bauarbeiten oder Flächeninanspruchnahmen verursachen. Die Bebauungsplanaufhebung ist mit keinen negativen Umweltauswirkungen bzw. nicht mit Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft verbunden, sodass Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen nicht erforderlich sind.

Im Zusammenhang mit der Aufhebung des Bebauungsplanes werden Vorhaben gemäß § 35 BauGB in Verbindung dem VRW 28 des Sachlichen Teilregionalplanes Windenergie umsetzbar.

Die zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für das VRW 28 zeigt auf, dass hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung voraussichtlich ein Kriterium mit hoher Gewichtung (Vogelarten inkl. Nahbereich und Prüfbereichen gemäß BNatSchG und AGW-Erlass sowie Fledermausvorkommen gemäß AGW-Erlass) von hohen Auswirkungen betroffen sein wird. Die Umweltauswirkungen werden schutzgutübergreifend aufgrund der hohen Betroffenheit des Kriteriums mit höherem Gewicht als erheblich eingeschätzt.

Die Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter gemäß § 9 Abs. 1 ROG ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen (hier durch Aufhebung des Bebauungsplanes in den BImSchG-Verfahren) weiter zu konkretisieren (insbesondere im Rahmen der Eingriffsregelung). Es sind insbesondere die Auswirkungen auf die folgenden schutzgutbezogenen Kriterien zu berücksichtigen:

- Geschützte Landschaftsbestandteile und Flächennaturdenkmäler
- Naturdenkmäler
- Vogelarten inkl. Nahbereich und Prüfbereichen gemäß BNatSchG und AGW-Erlass sowie Fledermausvorkommen gemäß AGW-Erlass
- Gesetzlich geschützte Biotope
- Waldgebiete mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen nach Waldfunktionskartierung
- Wald mit besonderen Strukturmerkmalen (Laub- und Laubmischwälder) bzw. mit besonderen Waldfunktionen nach Waldfunktionskartierung
- Wald ohne besondere Funktionen
- Böden als wertvolle Archive der Naturgeschichte LaPro Karte 3.2.1
- Lokale Altablagerungen / Altlastenstandorte
- Grundwasserkörper
- Flächen, die für die Durchlüftung eines Ortes von besonderer Bedeutung sind (LaPro Karte 3.4)
- Landschaftsbildbewertung gemäß Karte 2 des sachlichen Teilplans 'Landschaftsbild' Landschaftsprogramm Brandenburg
- Erholungsfunktion, abgebildet durch Rad- und Wanderwege
- Bodendenkmale, Bodendenkmalbereiche

Grundsätzlich hat der Regionalplan als übergeordnetes, zusammenfassendes und rahmensetzendes Planwerk nur auf konkrete Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung oder zum Ausgleich der im Rahmen der Umweltprüfung nachgewiesenen nachteiligen Auswirkungen verwiesen. Diese sind in nachgeordneten Zulassungsverfahren konkret festzulegen. Bei Überlagerung des VRW 28 mit gesetzlich geschützten Biotopen, geschützten Landschaftsbestandteilen oder auch kleinflächigen

Bodendenkmalen ist im Rahmen der Standortwahl der einzelnen Windenergieanlagen eine Aussparung dieser Bereiche vorzusehen.

Das Tötungs- und Verletzungsrisiko von kollisionsgefährdeten Vogelarten kann durch fachlich anerkannte und artspezifisch geeignete Schutzmaßnahmen, wie Antikollisionssystemen, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen, Anlage attraktiver Ausweichnahrungshabitate, phänologiebedingter Abschaltungen, Senkung der Attraktivität von Habitaten im Mastfußbereich oder kleinräumiger Standortwahl (micro-siting) gemindert werden (AGW-Erlass, 2023). Diese Maßnahmen sind von der zuständigen Naturschutzbehörde anzuordnen.

Durch die Aufhebung des Bebauungsplanes kommt es zu keinem Eingriff, so dass nach derzeitigem Kenntnisstand von keinen erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter auszugehen ist. Die bestehenden Anlagen haben Bestandschutz. Eine Beeinträchtigung der Schutzgüter durch den Betrieb ist nicht zu erwarten.

Es ist jedoch zu beachten, dass mit Aufhebung des Bebauungsplanes grundsätzlich eine andere Anzahl an Windenergieanlagen, andere Standorte und größere Höhen der Anlagen im Falle eines Repowering möglich sein werden. Die genauen Auswirkungen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar und werden im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG durch eine Eingriffsbilanzierung ermittelt.

7 Verfahren

Aufstellungsbeschluss:	26.03.2025
Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB	
Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB	
Satzungsbeschluss	

8 Rechtsgrundlagen und Literatur

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist
- Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist
- Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 52) geändert worden ist
- Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 58) geändert worden ist
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist
- Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 3], S., ber. GVBl.I/13 [Nr. 21]), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 9], S.11)
- Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl.I/18, [Nr. 39]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. September 2023 (GVBl.I/23, [Nr. 18])
- Arbeitshilfe Bauleitplanung 2022, 1. Überarbeitete und erweiterte Neuauflage (Dezember 2022)